

Thema: Energiepolitik

Probleme & Wirkung

- Familienunternehmer benötigen wettbewerbsfähige Energiepreise, um in Deutschland investieren zu können und Arbeitsplätze zu schaffen. Deutschland hat jedoch mit Italien und Irland die höchsten industriellen Strompreise in der EU. Nach anfänglich fallendem Preisniveau im Zuge der Liberalisierung im Jahre 1998 sind diese seit 2001 bis heute um ca. 80% gestiegen.
- Resultat: Die deutsche Industrie hat gegenüber ihren europäischen Konkurrenten klare Wettbewerbsnachteile. Beispielsweise ist das Verhältnis von Energiekosten zu den Arbeitskosten in sehr energieintensiven Betrieben hierzulande fast 1:1.

Zahlen & Fakten

- Für die Preissteigerungen sind vornehmlich das Oligopol der vier großen Stromversorgungsunternehmen sowie auch der Staat durch entsprechende Abgaben und Steuern (Stromsteuer, EEG, KWK-Förderung) verantwortlich. Die Steuer- und Abgabenlast liegt bei Privatverbrauchern bei fast 40%. Für industrielle Kunden sinkt die staatliche Last durch verbrauchsabhängige Steuer- und Abgabenerleichterungen, jedoch gehören auch hier die Endpreise zu den höchsten in Europa.
- Die Netzdurchleitungskosten liegen um bis zu 50% über denen im europäischen Durchschnitt (2006) und verursachen bei Industriekunden fast 29% des Endpreises. Die Bundesnetzagentur kürzt hierbei erfolgreich, ab 2009 auch mit dem Mittel der Anreizregulierung. Jedoch befinden sich die Durchleitungskosten weiterhin auf hohem Niveau. Ebenso gehen CO₂-Zertifikate zu etwa 17% in den Strompreis ein, die vorher den Energieerzeugern kostenlos zur Verfügung gestellt wurden.
- Der Bundestag hat im November 2007 eine verschärfte kartellrechtliche Missbrauchsaufsicht im Energieerzeugerbereich beschlossen. Hierzu gehört nicht nur eine Eingriffsmöglichkeit, wenn die Verkaufspreise für Strom die Produktionskosten unangemessen überschreiten, sondern auch eine Beweislastumkehr in kartellrechtlichen Verfahren sowie der Sofortvollzug von Entscheidungen des Bundeskartellamtes.

Position der Familienunternehmer & Forderung

- Im Erzeugerbereich muss die Novelle des Kartellrechts ihre Zähne zeigen. Das Bundeskartellamt muss personell und finanziell so ausgestattet werden, dass es wettbewerbswidrigem Verhalten wirksam entgegenzutreten kann und das neue Gesetz kein Papiertiger wird.
- Parallel dazu: Öffnung der verkrusteten Strukturen im Stromsektor für mehr Wettbewerb. Die Netzananschlussverordnung des Bundeswirtschaftsministers für neue Kraftwerke ist ein richtiger Schritt. Eine treuhändische Übertragung der Versorgungsnetze an einen unabhängigen Betreiber kann einen verstärkten Ausbau grenzüberschreitender Kuppelstellen nach sich ziehen. Dies bedeutet jedoch nicht, dass damit automatisch die Netzregulierung überflüssig wird, da das natürliche Netzmonopol erhalten bleibt. Der Ausstieg aus der Kernenergie muss rückgängig gemacht werden.